

**47. Regionalkonferenz
der Regierungschefin und der Regierungschefs der ostdeutschen
Länder und Gespräch mit der Bundeskanzlerin und dem
Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer
am 27. Mai 2020 im Format einer Videokonferenz**

Beschluss

Stärkung der Gründungsdynamik in den ostdeutschen Ländern

Die Regierungschefin und Regierungschefs der ostdeutschen Länder fassen folgenden Beschluss:

1. Die Regierungschefin und Regierungschefs der ostdeutschen Länder sehen in einer Stärkung der Gründungsdynamik den Schlüssel, um den Wettbewerb positiv zu beeinflussen, Effizienz- und Innovationsimpulse zu setzen sowie hochwertige Arbeitsplätze und zusätzliche Einkommen zu schaffen. Doch gerade für zahlreiche Gründerinnen und Gründer ist die Corona-Pandemie eine existenzielle Herausforderung. Das von der Bundesregierung für diesen Zweck aufgestellte Maßnahmenpaket in Form eines "Start-up-Schutzschildes" in Höhe von 2 Mrd. Euro kann dort erste Abhilfe schaffen. Die Regierungschefin und Regierungschefs der ostdeutschen Länder fordern die Bundesregierung aber auf, durch passgenauere Förderprogramme insbesondere die unterdurchschnittlichen Gründungsquoten in den ostdeutschen Flächenländern signifikant zu erhöhen sowie den Gründerinnen und Gründern durch schwierige Zeiten mit unvorhersehbaren Einnahmeausfällen unbürokratisch hinweg zu helfen. Im internationalen Vergleich ist der deutsche Wagniskapitalmarkt im Vergleich zur Wirtschaftskraft immer noch sehr klein und es fehlt ein nationaler Dachfonds für Wagniskapital. Die Regierungschefin und Regierungschefs der ostdeutschen Länder sehen es daher insbesondere als erforderlich an, den Ausbau des Wagniskapitalmarktes in Ostdeutschland zu fördern.

2. Die Regierungschefin und Regierungschefs der ostdeutschen Länder fordern die Bundesregierung auf, auch nach Überwindung der Corona-Pandemie durch gezielte Programme die Durchlässigkeit von Wissenschaft und Forschung hin zur

**47. Regionalkonferenz
der Regierungschefin und der Regierungschefs der ostdeutschen
Länder und Gespräch mit der Bundeskanzlerin und dem
Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer
am 27. Mai 2020 im Format einer Videokonferenz**

Umsetzung von Innovationen in die Praxis gezielt zu stärken. Dabei sollte auch der Unterschiedlichkeit der Ideen Rechnung getragen werden. Start-ups leisten mit innovativen Lösungen für gesellschaftliche und ökologische Fragen einen wichtigen Beitrag für Wirtschaft und Gesellschaft.

3. Mehr ostdeutsche Start-ups sollten frühzeitig ermuntert werden, den Schritt in globale Märkte zu wagen, um schnelles und anhaltendes Wachstum realisieren zu können. Die Bildung von Clustern und der Aufbau von Zentren zur Co-Innovation kann dazu beitragen, die in bestimmten Wirtschaftsbereichen und Regionen vorhandenen Potentiale stärker sichtbar zu machen.
4. Die Regierungschefin und Regierungschefs der ostdeutschen Länder halten neben der Bereitstellung der erforderlichen finanziellen Mittel die Förderung einer Gründungskultur in der Gesellschaft zur Belebung der ostdeutschen Unternehmenslandschaft für notwendig. Um Unternehmertum als Chance zu begreifen, muss das Wissen über Start-ups sowie über bereits erfolgreiche Gründerinnen und Gründer als motivierende Vorbilder verbessert werden. Eine positive Fehlerkultur sollte auch nach Fehlschlägen Mut machen, nach neuen unternehmerischen Perspektiven zu suchen.
5. Eine Verstärkung der Dialoge zwischen Wirtschaft, Bildungseinrichtungen, Verwaltung und Kammern auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene sollte durch bewährte und neue experimentelle Formate vorangetrieben werden und auch in Krisenzeiten Austausch und Orientierung ermöglichen. Neben dem Ausbau von Netzwerken mit und innerhalb der Gründerszene sind Informations- und Beratungsangebote vor Ort von besonderer Bedeutung, wie zum Beispiel Innovations- bzw. Gründungszentren mit einer angemessenen digitalen und personellen Infrastruktur. Solche zentralen Anlaufstellen für Gründungsinteressierte sind auch geeignet, um der Abwanderung von Fachkräften entgegenzuwirken. Viele Gründerinnen und Gründer wünschen sich

**47. Regionalkonferenz
der Regierungschefin und der Regierungschefs der ostdeutschen
Länder und Gespräch mit der Bundeskanzlerin und dem
Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer
am 27. Mai 2020 im Format einer Videokonferenz**

insbesondere in der Frühphase weniger Bürokratie und mehr digitale Prozesse bei Beratungs- und Förderleistungen.

6. Gleichzeitig sollte die Zusammenarbeit zwischen jungen und etablierten Unternehmen gestärkt werden. Die Geschäftsmodelle von Start-ups punkten durch ihre Impulse und schnelle Skalierbarkeit, während viele mittelständische Unternehmen langjährige Erfahrung und Kundenkontakte haben. Zugleich ist die Vernetzung von jungen und etablierten Unternehmen eine gute Basis für ein vitales regionales Gründerökosystem.

7. Aufgrund des demografischen Wandels wird es insbesondere in den ostdeutschen Ländern langfristig immer mehr Betriebe geben, für die eine Unternehmensnachfolge gesucht wird. In einigen Wirtschaftsbereichen und Regionen drohen bereits unternehmerisches Know-how und Arbeitsplätze verloren zu gehen. Insofern wird die Bundesregierung gebeten zu prüfen, wie eine strategisch sinnvolle und rechtzeitige Vorbereitung von Unternehmensnachfolgen verbessert werden kann, mehr Anreize geschaffen und bestehende Hürden abgebaut werden können.